



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Krisis in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

darstellt. Es kommt aber nicht blos auf den Einfall an, sondern auf die Durchführung.

Im Allgemeinen würden wir doch zu dem Resultat kommen, daß eine Zeit, in der man die Greuelthaten in Pausch und Bogen taxiren muß, kein günstiger Vorwurf für's Drama ist. Die wahrhaft dramatische Spannung muß sich in einer bestimmten Schuld, einer bestimmten Buße concentriren, und die Personen, über deren Schuld und Schicksal wir zu Gericht sitzen sollen, müssen nicht in eine tropische Atmosphäre gestellt sein, welche die Zurechnungsfähigkeit wenigstens zur Hälfte aufhebt. Wenn wir zweifelhaft sind, wie unser Verdict ausfallen würde, wenn wir als Geschworene säßen, so ist unsere Stellung als Publicum noch mißlicher.

Die Krisis in Frankreich.

Die Bedeutung der letzten parlamentarischen Woche liegt keineswegs in dem Resultat. Zwar ist es ein sehr ernster und bedenklicher Umstand, wenn ein Parlament der Regierung mit einer so erheblichen Majorität sein Mißtrauen zu erkennen gibt, aber das Gewicht dieses Mißtrauens wird sehr verringert, wenn man erwägt, daß es aus verschiedenen Gründen hervorgeht. Die Einen sprechen es aus, weil die Regierung so lange mit der Reaction gegangen ist, die Andern, weil es den Anschein hat, als ob sie nicht länger mit ihr gehen wolle. Auf dem Centrallandtage in Preußen wurde in Presssachen mit imposanter Majorität der Beschluß gefaßt: „der Landtag ist gegen die Censur, aber aus verschiedenen Gründen“, d. h. den Einen ist sie zu streng, den Andern zu gelind. Eine solche Erklärung hebt sich eigentlich auf. Wäre die Regierung in Frankreich eine legitime, d. h. hätte sie eine andere Quelle, als die National-Souveränität, und wäre sie zugleich der Ausdruck einer bestimmten Partei, so würde sie ein solches Mißtrauen aus verschiedenen Gründen ruhig ad acta legen. Denn eine Regierung, deren Schwerpunkt in's Parlament fällt, ist nur so lange möglich, als in dem Parlament wie im Volk zwei geschlossene Parteien einander gegenüberstehen, deren eine die Herrschaft übernimmt, indem die andere stürzt.

Die Bedeutung der Woche liegt vielmehr in den Verhandlungen selbst, in denen die Häupter der verschiedenen Fractionen zum erstenmal seit Gründung der Republik klar und unumwunden ausgesprochen haben, wie sie sich ihr gegenseitiges Verhältniß zu einander denken. Die meiste Energie hat Herr Thiers entwickelt. Er hat sehr deutlich gesagt, die conservative Partei habe den Prinzen Napoleon an die Spitze Frankreichs gestellt, weil man einen Prinzen brauchte, um seine monarchische Gesinnung auszudrücken; man habe sich nicht verhehlt, daß diese Wahl in dem Gewählten leicht einen Ehrgeiz hervorrufen könnte, der mit den Absichten

der Wähler keineswegs in Einklang stände; man habe sich aber für stark genug gehalten, im eintretenden Fall diesem Ehrgeiz zu widerstehen. Es seien von Seiten des Präsidenten allerdings eine Reihe von Schritten unternommen, die seine bisherigen Verbündeten hätten bedenklich machen müssen. Er habe das Ministerium, welches von der herrschenden Majorität unterstützt wurde, entlassen, und ein neues aus seinen persönlichen Anhängern gebildet; er habe sich eine Donation geben lassen, wogegen die Majorität sich lange gesträubt habe, nicht aus Gründen der Sparsamkeit, sondern um nicht den Bahn aufkommen zu lassen, der Rang des Präsidenten gehe über die Stellung eines einfachen Bürgers hinaus; er habe endlich durch seine Bankette, Rundreisen u. s. w., was er wünsche, auf eine so unzweideutige Weise kund gethan, daß schon damals ein Bruch unvermeidlich schien. In allen diesen Fällen habe aber die Majorität nachgegeben, um die große Partei der Ordnung nicht dadurch zu zersplittern, daß vorzeitig — d. h. vor der großen nationalen Entscheidung im Jahr 1852 — die einzelnen Fractionen derselben ihre letzten Zwecke enthüllten.

An ein solches Nachgeben sei gegenwärtig nicht mehr zu denken. Die Absetzung des General Changarnier, welche schon seit fast einem Jahr in den Absichten des Cabinets gelegen habe, und die früher nur aus Furcht unterblieben sei, habe keinen andern Sinn, als den parlamentarisch gesinnten Oberbefehlshaber von Paris zu entfernen, und ein willfähriges Werkzeug, das sich zu jedem Handstreich bereit zeigte, an seine Stelle zu setzen. Wenn das Parlament diesen Schritt ohne Widerspruch geschehen ließe, so gebe es damit sein und des Landes Schicksal dem Prätendenten von Straßburg in die Hände.

Diese Anschuldigungen, von Herrn Thiers mit dürren Worten vorgebracht, haben durch die Erklärung des General Changarnier eine noch ernstere Bedeutung erhalten. Mit einer Naivität, die mehr dem Militär, als dem Volksrepräsentanten angehört, hat er sich dahin ausgesprochen, daß eine undankbare Regierung seinen Degen zwar in Ruhe gesetzt habe, daß derselbe aber nicht stumpf sei, und daß Frankreich ihn jeden Augenblick bereit finden werde, wo es sich um sein Wohl handele. — Und dieser martialischen Erklärung ist ein fanatischer Beifallsturm von den Bänken der Majorität gefolgt.

Weiter. Herr Berryer behauptet mit ebenso großer Naivität, die gegenwärtige Verfassung Frankreichs sei nur ein Uebergangszustand, und zwar ein für alle Theile ziemlich unerträglicher Uebergangszustand; der Rechtszustand sei die Monarchie, und die Krone, die nicht stirbt, sei de jure auf dem Haupt des jungen Heinrich. Mit der Sicherheit dieses legitimen Bewußtseins wird jeder Versuch einer Usurpation in seine Schranken zurückgewiesen.

Diese lobenswerthe Offenheit veranlaßt wieder den General Cavaignac, den Sieger der Socialisten, dessen Schwert, wenn es sich um eine Entscheidung durch die Waffen handelt, gleichfalls mit bedeutendem Gewicht in die Waagschale fallen